

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Die Herrschaft der Rentiers – Finanzmarktkapitalismus und politische Demokratie
- Eva-Maria Hubert **11** Zinsfunktionen und das Problem doppelter Inkonsistenz
- Niko Paech **28** Postwachstumsökonomie – ein Vademecum
- Krister Volkmann **32** Solidarische Ökonomie im Spannungsfeld von Regionalität und Globalität
- Sigrun Preissing **38** Tabu – Das Muschelgeld der Tolai in Papua-Neuguinea
- Norbert Mundl **41** Erbbaurecht in Istanbuls Gecekondular – Eine mögliche Lösung der illegalen Siedlungsproblematik
- Fabian Thiel **48** Asiatisches Landmanagement zwischen Pol Pot und Doi Moi
- 59** Bücher – Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

90 Jahre nach der Ausrufung der Weimarer Republik, 60 Jahre nach der Einführung des westdeutschen Grundgesetzes und 20 Jahre nach der Wende in Mittel- und Osteuropa ist in diesem Jahr sehr viel von Aufbrüchen in die Demokratie die Rede. Das ist gut so – aber ergänzend wäre auch eine Beschäftigung mit den aktuellen Gefahren ihres Abbruchs wichtig, die ihr von wirtschaftlichen Machtballungen drohen. Nicht zu Unrecht spricht Jean Ziegler in seinem Buch „Imperium der Schande“ von einer „Refeudalisierung“ unseres Gemeinwesens. Der Einfluss von Finanzmärkten und Konzernen auf die Politik untergräbt in zunehmendem Maße das Recht und die Demokratie und er lässt das Vertrauen von immer mehr BürgerInnen in ihre Problemlösungsfähigkeit bröckeln. Zugleich erzeugt dies ein nicht unproblematisches Bedürfnis nach mehr innerer Sicherheit. Politologen beginnen in jüngster Zeit, leichtfertig über eine sog. „Postdemokratie“ zu debattieren, in der Lobbyisten und Experten das Gemeinwohl angeblich objektiv definieren und ohne Bürgerbeteiligung durchsetzen. Stattdessen wäre es an der Zeit, die Demokratie aus dem Geist Ihrer Anfänge zu erneuern. –

Auch in den bisherigen Reaktionen der Politik auf die Finanzkrise spiegelt sich ihr gegenwärtiger Charakter als Interessenpolitik. Statt Ursachen zu erforschen und zu beheben, werden Symptome kuriert. Lässt sich der Einsturz des morschen Gebälks der kapitalistischen Weltökonomie mit den milliardenschweren – sozial und ökologisch sehr unausgewogenen! – Rettungspaketen und Konjunkturprogrammen verhindern? Werden diese Milliarden in einem Meer von überbordender Liquidität die gewünschten Wirkungen hervorrufen? Sicher ist allein, dass sie einen gigantischen Schuldenberg auf türmen. In einem riesigen Umfang bleiben „faule Kredite“ und „toxische Wertpapiere“ wie „Streubomben“ über den Globus verteilt (vgl. das Zitat aus dem „Spiegel“ auf Seite 58 in diesem Heft). Geradezu fahrlässig ist jedenfalls die Erwartung, dass die Krise in ein bis zwei Jahren ausgestanden sein wird und dass dann die Jagd nach Renditen weitergehen könne wie vor der Krise.

In seinem „Sechs-Schritte-Programm“ zur Eindämmung der Spekulation fordert Altkanzler Helmut Schmidt eine verbesserte Aufsicht über alle Finanzinstitute und -instrumente, höhere Eigenkapitalanforderungen, ein Verbot von Geschäften außerhalb der Bilanzen und an nicht anerkannten Wertpapierbörsen sowie ein Verbot von Leerverkäufen und von Geschäften in Steueroasen. (Die ZEIT Nr. 4/2009, S. 19-20) Gewiss sind solche Maßnahmen notwendig. Ähnlich wie geringere Bonuszahlungen für Bankmanager oder die von Edmund Phelps vorgeschlagene Trennung von Geschäfts- und Investmentbankgeschäften wären sie allerdings noch nicht hinreichend, denn sie würden dem Expansionsdrang des Kapitals zunächst nur äußere Fesseln anlegen, aber seine innere Wachstumsdynamik und seinen Anlagenotstand noch nicht beheben.

Wäre es in einer solch prekären Lage der Weltwirtschaft nicht eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftswissenschaften, die durch die Bekämpfung der Krisensymptome gewonnene Zeit auch dafür zu nutzen, weitergehende Maßnahmen gegen die Krise zu erforschen und dabei auch unorthodoxe Denkansätze zu prüfen? Die Vergabe des letzten Nobelpreises an Paul Krugman ist eine gute Richtungsanzeige, die nach 30 Jahren endlich wegführt vom neoliberalen Marktfundamentalismus oder besser gesagt vom Geld- und Renditefundamentalismus, denn hinter der ideologischen Fassade der sog. Freiheit sich selbst überlassener Märkte ging es in Wirklichkeit um die monopolistische Beschränkung der Märkte und ihre Beherrschung durch das renditehungrige Geld.

Die Rückbesinnung Krugmans, Akerlofs und anderer Ökonomen auf Keynes sollte sich aber nicht nur auf Keynes als Mr. Deficit spending beschränken, sondern sich auch auf den Teil der „Allgemeinen Theorie“ erstrecken, in dem Keynes darlegte, wie die Nachfrage in Zeiten der Liquiditätsfalle teilweise unwirksam wird. Die Einsicht, dass es ein Geldversagen darstellt, wenn Geld sich gleichsam als „dunkle Materie“ (Hausmann & Sturzenegger) dem Universum der arbeitsteiligen Geldwirtschaft entziehen kann, könnte,

nebenbei bemerkt, ein erster Schritt auf dem Weg sein, den langen fruchtlosen Streit zwischen den Schulen um die Frage beizulegen, ob es sich um Marktversagen oder Staatsversagen handelt.

In einer Zeit, in der die traditionelle Geld- und Zinspolitik angesichts der gegen Null sinkenden Zinsen an ihre Grenzen stößt, sollte es – statt einfach nur die Geldmenge aufzublasen – doch zumindest eine spannende Forschungsfrage sein, ob die von Gesell stammende und von Keynes geschätzte Idee, liquiden Mitteln „carrying costs“ aufzuerlegen und damit das Geld zu neutralisieren, ein hilfreicher Beitrag zur Bewältigung der Wirtschaftskrise sein könnte. Erfreulicherweise gibt es hierüber auch neuere fundierte Studien von Goodfriend, Buiter & Panigirtzoglou und Fukao (vgl. dazu die Hinweise auf der Seite 79 in diesem Heft).

Bei aller Sympathie für die Vorstellung, die (Voll-)Geldmenge an der Nullzinslinie mit Hilfe von „carrying costs“ exakt auf dem Grat zwischen Inflation und Deflation steuern zu können, ergeben sich Fragen, welche Funktionen ein um Null pendelnder Zins weiterhin erfüllen muss und wie sich unter diesen Umständen ein leichtfertiger Umgang mit Kreditrisiken verhindern ließe. Zum detaillierten Nachdenken über diese wichtigen Fragen will der Beitrag von Eva-Maria Hubert in diesem Heft anregen.

Da die Finanz- und die Immobilienkrise eng miteinander verzahnt sind, wäre ergänzend eine Bodenrechtsreform notwendig, die sowohl das Land als auch die Ressourcen und die Atmosphäre entkapitalisiert und das Entstehen von Immobilien- und Rohstoffblasen verhindert. Würde sie ausreichen, um die Notausgänge aus der realen Wirtschaft in assets zu verschließen? Welche Maßnahmen müssten noch hinzukommen, um – wie es derzeit in ganz Europa auf

zahlreichen Demonstrationen rund um den Londoner G-20-Gipfel gefordert wird – das „Casino zu schließen“ und den „Kapitalismus abzuwracken“? Der Schuldenerlass für ärmere Länder wäre voranzutreiben. Eine Börsen- und Devisenumsatzsteuer und nicht zuletzt der überaus kluge Bancor-Plan von Keynes zur Neuordnung des Weltwährungssystems könnten weitere notwendige Schritte sein, um die Weltwirtschaft in krisensichere, gerechtere und nachhaltige Bahnen umzuleiten.

Diese Denkansätze sind noch nicht so weit ausgereift, dass sie sich im Handumdrehen in praktische Politik umsetzen ließen. Auch wenn ihre Verfechter schon seit längerer Zeit auf die Instabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems hingewiesen haben, so sind sie doch hinsichtlich der Details der Krisendiagnose und der Therapiemöglichkeiten auch selbst noch Suchende. Umso wichtiger wäre es, wissenschaftliche Forschungen auf diesen Gebieten zu forcieren. Der Einwand, es handle sich dabei um bloße Utopien, verliert angesichts der gegenwärtigen Krise an Überzeugungskraft. Was uns heute noch als Utopie erscheinen mag, könnte sich in Zukunft als sehr viel realistischer erweisen als der Pragmatismus der bisherigen Realpolitik.

In eigener Sache möchten wir Ihnen noch mitteilen, dass in diesem Jahr wieder zwei Doppelausgaben unserer Zeitschrift erscheinen. Und um unseren Wirkungskreis zu vergrößern, gibt es neben der Printausgabe unserer Zeitschrift jetzt auch eine Onlineversion:

www.sozialoekonomie-online.de

Ihr Interesse daran würde uns sehr freuen. Bitte empfehlen Sie uns auch weiter.

Werner Onken

**Erinnerung an Pierre Joseph Proudhon
anlässlich seines 200. Geburtstags am 15. Januar 2009**

„Das Kapital besiegen durch die gegenseitige Garantie der Zirkulation und des Kredits; das müsste die Politik der Demokratie sein. ... Die antinomischen Kräfte der Gesellschaft müssen in einem beständigen Gleichgewicht gehalten werden. ... Der Kredit beruht auf der Gegenseitigkeit.“

Bekennnisse eines Revolutionärs (1849), Reinbek bei Hamburg 1969, S. 89 und 101.